

Paul F. Cwik: Birgt die Kürzung der Staatsausgaben das Risiko einer Rezession?

25.08.2025

"Wenn die Staatsausgaben zu schnell gekürzt werden, geraten wir in eine Rezession", lautet eine beliebte Warnung gegen massive Kürzungen der Bundesausgaben. Aber stimmt das wirklich? Würden Kürzungen der Bundesausgaben die Wirtschaft tatsächlich in eine Rezession stürzen? Um diese Frage zu beantworten, bedarf es einer sorgfältigen wirtschaftlichen Analyse.

Zunächst sollten wir einige Begriffe definieren, insbesondere "Rezession" und "Bruttoinlandsprodukt (BIP)". Es gibt zwar keine einheitliche Definition einer Rezession, aber die gängige Definition lautet: zwei Quartale mit negativem Wirtschaftswachstum, gemessen am BIP. Natürlich fügen Wirtschaftswissenschaftler noch einige Einschränkungen hinzu, aber diese Definition reicht für unsere Zwecke aus.

Das BIP ist die Gesamtsumme der Ausgaben für Endprodukte und Dienstleistungen innerhalb eines bestimmten geografischen Gebiets über einen bestimmten Zeitraum. Volkswirtschaftler messen das BIP der USA in Quartalen und Jahren und vergleichen häufig die BIPs verschiedener Länder miteinander.

Es gibt zwar mehrere verschiedene Ansätze zur Messung des BIP, in der Regel wird das BIP jedoch berechnet, indem die Konsumausgaben (C), die Unternehmensinvestitionen (I) und die Staatsausgaben (G) mit dem Wert der Nettoexporte (NX) addiert werden.

Kurz gesagt: $BIP = C + I + G + NX$.

In dieser Formel machen die Konsumausgaben (C) etwa zwei Drittel des BIP aus. Wenn also das Verbrauchertrauen schwindet, werden die Finanzmärkte nervös. Die Staatsausgaben (G) machen etwa 23% des BIP aus und sind damit die zweitgrößte Kategorie. Es ist verständlich, dass eine Kürzung der Ausgaben zum Ausgleich des Bundeshaushalts, die eine Reduzierung der Gesamtausgaben um 2 Billionen Dollar bedeuten würde, das BIP um 7% senken würde - eine tiefe Rezession!

Zum Vergleich: Als die US-Wirtschaft im zweiten Quartal 2020 wegen COVID stillgelegt wurde, sank das BIP um 7,5%. Es gibt also allen Grund, eine schnelle Sanierung des Haushalts durch Ausgabenkürzungen zu befürchten.

Die Geschichte endet jedoch nicht hier. Volkswirtschaftler sind dafür bekannt, dass sie die Menschen auffordern, auch die andere Seite zu betrachten. In diesem Fall besteht die andere Seite darin, was mit diesen Geldern geschehen könnte, wenn die Bundesregierung sie nicht ausgeben würde. Eine Möglichkeit, die Wirtschaft zu betrachten, besteht darin, sie in den produktiven privaten Sektor und den unproduktiven öffentlichen Sektor zu unterteilen.

Um es klar zu sagen: Der staatliche Sektor der Wirtschaft ist konsumorientiert, nicht produktiv. Es gibt nur wenige Kategorien, für die die Bundesregierung Geld ausgibt. Die erste ist der reine Konsum, wie beispielsweise Militärausgaben. Die zweite sind Transferzahlungen, bei denen Vermögen in Form von Sozialleistungen, Gesundheitsausgaben, Bildungszuschüssen oder Subventionen von den Steuerzahldern an andere übertragen wird.

Diese Formen der Ausgaben sind nicht produktiv. Manche mögen Einwände erheben und auf eine dritte Kategorie verweisen, wie beispielsweise den US-Postdienst. Der Postdienst schafft zwar einen gewissen Nutzen, deckt jedoch nicht seine Kosten und bedeutet für die Gesellschaft einen Nettoverlust an Vermögen. In jedem dieser Fälle schaffen oder erzeugen die staatlichen Ausgaben keine neuen Formen von Vermögen.

Bevor die Regierung etwas unternehmen kann, muss sie zunächst Ressourcen aus einer anderen Quelle beziehen – dem produktiven Privatsektor. Es bedarf keiner besonderen Einsicht, um zu erkennen, dass der Privatsektor von Natur aus produktiv ist. Gewinne messen das Ausmaß, in dem der Privatsektor natürliche Ressourcen und Arbeitskraft in wertvollere Güter und Dienstleistungen umwandelt.

Verluste müssen entweder korrigiert werden oder solche Aktivitäten müssen eingestellt werden. Wenn wir also untersuchen, inwieweit die Regierung zur Wirtschaft beiträgt, müssen wir zunächst den anfänglichen Verlust an produktiven privaten Ressourcen abziehen. Mit anderen Worten: Staatsausgaben können nicht einfach zum BIP addiert werden, sondern es sollten die Netto-Staatsausgaben sein.

Nur der Wert, der über den des privaten Sektors hinausgeht, sollte zum BIP addiert werden. Andernfalls bremst er das Wirtschaftswachstum. Die allgemeine Schlussfolgerung lautet, dass der Staat Wohlstand verbraucht und nicht schafft.

Wenn die Regierung Ressourcen aus dem produktiven Sektor entnimmt und sie dann für unproduktive Aktivitäten einsetzt, ist es klar, dass dieser Transfer für die Gesellschaft insgesamt negativ ist. Anstatt eine Kürzung der Staatsausgaben um 2 Billionen Dollar durch die enge Brille der BIP-Statistik zu betrachten, sollten wir diese Ausgabenkürzung als Freisetzung von Ressourcen im unproduktiven Sektor für den produktiven Sektor der Wirtschaft sehen. Und je früher wir diesen Transfer vornehmen, desto besser wird es für alle sein.

Wird eine Kürzung der Staatsausgaben um 2 Billionen Dollar die Wirtschaft in eine Rezession stürzen? Die Antwort lautet nein. Zweifellos wird es eine Phase der Anpassung geben. Wenn wir jedoch dem Markt die Möglichkeit geben, sich frei anzupassen, und den Staat und die lokalen Behörden sich heraushalten, wird die Wirtschaft innerhalb von sechs Monaten auf einem soliden Fundament stehen und für ein starkes Wirtschaftswachstum bereit sein.

© Paul F. Cwik

Der Artikel wurde am 21. August 2025 auf www.gold-eagle.com veröffentlicht und exklusiv für GoldSeiten übersetzt.

Dieser Artikel stammt von GoldSeiten.de

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/668656--Paul-F.-Cwik--Birgt-die-Kuerzung-der-Staatsausgaben-das-Risiko-einer-Rezession.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer](#).

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).